

Vorwort

Wie kann die Politik Entscheidungen treffen? Das formalisierte Verfahren ist bekannt und bewährt. Aber es steht auf dem Prüfstand unter modernen Herausforderungen. Die Selbstbezüglichkeit der Parteien hilft nur bedingt, um weiterhin repräsentativ legitimiert zu entscheiden. Unter den Bedingungen gleicher Freiheit zu entscheiden ist Markenkern unserer Demokratie. Insofern erhalten Experten, lautstarke Gruppen, aber auch internetbasierte Nichtwissensgemeinschaften keineswegs einen Sonderstatus in der Demokratie. Sie sind nicht höherwertig legitimiert. Im Gegenteil: Wenn die Demokratie für alle zu entscheiden hat, ist die Distanz der Parlamentarier zu dieser Art von Wissensgenerierung notwendig, um zu einer repräsentativen Problemlösung zu kommen. Dennoch braucht jedes Parlament, braucht eine moderne Demokratie Wissen, um entscheidungsfähig zu bleiben. Welcher Art dieses Wissen sein kann, macht die nachfolgende Studie deutlich. Wer heute unter den Bedingungen von wachsendem Nichtwissen, zunehmender Unsicherheit und unüberschaubarer Komplexität zu entscheiden hat, braucht vielfältige politische Quellen, um handlungsfähig zu bleiben. Hinzu kommt, dass auch originelle Verfahren notwendig sind, um die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie frisch zu halten. Die Analyse kann differenziert aufzeigen, welche Wege unter welchen Kosten beschritten werden können, um auch neue Legitimationsressource zu nutzen. Denn viele am politischen Prozess interessierte Bürger fordern heute inklusive Beteiligungsverfahren. Aus einem normalen Wähler kann schnell ein Wutbürger werden.

Die Wut wächst und sie beginnt sich zu organisieren. Dabei versammeln sich in der Regel Bürger, die nicht zu den Berufs-Demonstranten zu zählen sind. Die sogenannte bürgerliche Mitte protestiert in Deutschland, weil in ihrer Wahrnehmung die bürgerliche Politik gescheitert ist. Dazu gehörte immer das Sicherheitsversprechen für die Zukunft. Gerade traditionelle Volksparteien garantierten Verlässlichkeit und ein Versprechen auf eine gewisse Planbarkeit des eigenen Lebens. Die Finanz- und Staatsschuldenkrise frisst offensichtlich viel an demokratischer Normalität auf. Selten zeigten sich zeitgleich nebeneinander so viele disparate Formen des Aufbegehrens und des öffentlich-kritischen Nachfragens wie seit einigen Jahren. Die Suchbewegungen in der bürgerlichen Mitte sind Ausdruck der Krise der Repräsentation. Doch gleichzeitig mit dem facettenrei-

chen Protest zeigen sich auch hoffnungsvolle Auswege. Dem Wutbürger entspricht durchaus auch ein Mutbürger in Deutschland.

So ist die Demokratie extrem in Bewegung. Selten waren nicht etablierte Verfahren der Willensbildung so populär. Über allem liegt ein dramatischer Gewissheitsschwund: Politik als gemeinsame Verabredung von Regeln und Prioritäten scheint seine Gültigkeit für viele Wähler verloren zu haben. Die Substanzverluste der Demokratie haben sich verstärkt. Gesprächsstörungen im Sinne eines gestörten Dialogs zwischen Politik und Bürgern nehmen zu: Stuttgart 21 oder die mit dem Volk wenig diskutierte Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wenige Monate vor der Katastrophe in Fukushima sind prominente Beispiele. Die etablierte Politik wird in breiten Kreisen der Bevölkerung pauschal verachtet. Neben der Gesprächsstörung zweifeln viele Bürger am Leistungsvermögen der politischen Institutionen. Die Zeitkrise des Politischen treibt alles an, denn verschiedene Zeitstrukturen stehen in einem Wettbewerb zwischen der repräsentativen und der direkten Demokratie. Regieren im Minutentakt kennzeichnet das Politikmanagement der Spitzenakteure – gerade in der Finanzkrise. Gleichzeitig nehmen die Komplexität und das nicht wissensbasierte Entscheiden unter Bedingungen der Unsicherheit zu.

Die nachfolgende Studie kann keineswegs auf all diese Probleme eingehen. Aber sie zeigt wissenschaftlich verlässlich und differenziert systematisch Auswege. Aktuelle Probleme der Demokratie können gelöst werden ohne übertriebene Erwartungen an die politische Ordnung. Wichtig bleibt dabei, dass die Problemlösung immer politisch legitimiert erfolgt – unter Bedingungen gleicher Freiheit. Auf dem Weg dahin können die Forschungsergebnisse von Ray Hebestreit hilfreich sein.

Duisburg, August 2012

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
Direktor NRW School of Governance

Partizipation in der Wissensgesellschaft
Funktion und Bedeutung diskursiver
Beteiligungsverfahren

Hebestreit, R.

2013, XVI, 208 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00484-2